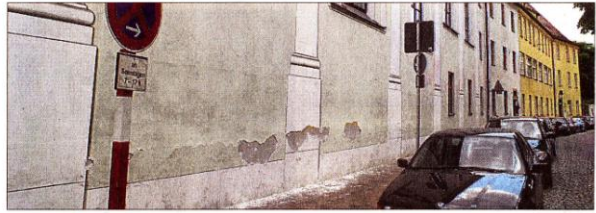




Vier Beispiele für den Sanierungsbedarf: Fachoberschule ... (Foto: Archiv/cv)

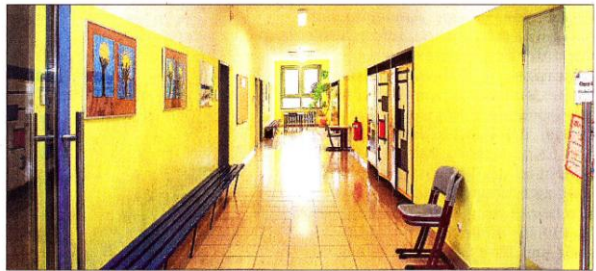


... Hans-Carossa-Gymnasium ... (Foto: Archiv/rüd)



... Grund- und Mittelschule St. Nikola ...

(Foto: rüd)



... und Sonderpädagogisches Förderzentrum

(Foto: cv)

Der Schul-Sanierungsstau

Viel zu tun vom Leinberger-Gymnasium bis zum Sonderpädagogischen Förderzentrum

Allein sieben der 23 Tagesordnungspunkte des Bausenats beschäftigten sich gestern mit Schulen, die in den kommenden Jahren saniert beziehungsweise erweitert werden müssen. Da ist beispielsweise das **Hans-Carossa-Gymnasium**: Allein der Umbau und die Generalsanierung des Gebäudes Marienplatz 6, in dem der naturwissenschaftliche Zweig eingerichtet werden soll, würde mit 7,7 Millionen Euro zu Buche schlagen – deutlich mehr als die vier Millionen Euro, die bisher im Vermögenshaushalt der Stadt angesetzt sind. Diese Planungen umfassen die energetische Sanierung, den barrierefreien Ausbau inklusive einem Aufzug, eine neue Haustechnik mit einer zentralen Lüftungsanlage und die Ausstattung für die Biologie-, Chemie-, Physik- und Informatikräume. Es wäre aber auch denkbar, zunächst nur das Nötigste zu sanieren und umzubauen, sagte Gerhard Mayer vom Amt für Gebäudewirtschaft. CSU-Stadtrat Rudolf Schnur sagte, es dürfe aber kein Flickwerk werden, schließlich müsse es mit dem neuen Landkreisdachgymnasium konkurrieren.

Grünen-Stadträtin Susanne Fischer erinnerte aber an die folgen-

den Schulen auf der Tagesordnung, in denen der Handlungsbedarf ähnlich hoch oder noch drängender sei.

Bei der **Staatlichen Wirtschaftsschule** geht es um Brandschutz, Hygiene und Barrierefreiheit. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Bauarbeiten belaufen sich inklusive Baunebenkosten auf knapp vier Millionen Euro. Gemäß Brandschutzgutachten müssen unter anderem ein neues Fluchttreppenhaus und eine neue Treppe am Haupteingang errichtet und Klassenzimmertüren ausgewechselt werden. Wasserleitungen und neue, behindertengerechte Klos zählen genauso zum Vorhaben wie zusätzliche Aufzüge für die Barrierefreiheit.

Gesamtkosten in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro kommen auf die Stadt bei der **Staatlichen Fachoberschule** zu. Knapp 1,2 Millionen Euro davon sind laut Mayer für den Brandschutz nötig. Weil Kreidetafeln nicht mehr modern seien, sollen sie durch Whiteboards und Beamer ersetzt werden, das schlägt mit rund 200.000 Euro zu Buche. Weitere 300.000 Euro werden für neue Klassenzimmer und einen neuen Pausenraum mit Küche fällig.

An die vier Millionen Euro kostet der geplante Erweiterungsbau der

Grundschule Konradin Auloh. Die zusätzlichen Klassenzimmer sind laut Verwaltung nötig, weil die Schülerzahlen nach oben gehen. Schon im laufenden Schuljahr musste eine Klasse provisorisch in einem Werkraum untergebracht werden.

Das **Hans-Leinberger-Gymnasium**, das im Westen seit 35 Jahren in Betrieb ist, muss umgebaut und saniert werden. Die Verwaltung rechnet mit Gesamtkosten von rund 18,5 Millionen Euro und schlägt vor, das Vorhaben in drei Bauabschnitten umzusetzen. Die weitere Planung der Sporthalle wurde aus haushaltstechnischen Gründen zurückgestellt. Bauarbeiten zum Brandschutz sind bei der **Grund- und Mittelschule St. Nikola** nötig. Außerdem sollen im Altbau Barrierefreiheit geschaffen, die Verwaltung umgebaut und Akustikdecken eingebaut werden. Im Neubau sind ebenfalls Brandschutzarbeiten nötig und der Einbau von Behindertenklos. Die Gesamtkosten liegen bei rund 1,7 Millionen Euro für den Altbau und bei gut einer Million Euro für den Neubau. Über das jüngst viel diskutierte **Sonderpädagogische Förderzentrum** sprachen die Mitglieder des Bausenats gestern eben-

falls. Wenn das Zentrum erweitert werden sollte, schlägt das mit rund 2,2 Millionen Euro zu Buche.

Angelehnt an den Sanierungsbedarfs monierte BfL-Fraktionschef Bernd Friedrich, dass in den vergangenen Jahren nicht investiert, sondern Flickschusterei betrieben worden sei. Aber das Problem bestehe bundesweit. Die Kritik an der Situation in Landshut ließ Mayer nicht auf sich sitzen: „Es ist nicht so, dass nichts gemacht worden ist.“

In der gemeinsamen Sitzung von Bausenat und Haushaltsausschuss kommen alle Vorhaben auf den Tisch. Besagten Termin würde Bürgermeister Gerd Steinberger (SPD) am liebsten nichtöffentlich über die Bühne bringen. Er macht sich Sorgen darüber, dass der eine oder andere Stadtrat eine öffentliche Sitzung nutzen könnte, sich wortgewaltig zu profilieren. Bernd Friedrich hingegen wäre das gar nicht recht. Denn: „Man sollte sich dazu bekennen, welche Prioritäten man setzt.“

Bausenatsvorsitzender Oberbürgermeister Hans Rampf (CSU) versuchte, Steinberger zu beruhigen: „Ich hoffe, dass nicht Klientelpolitik betrieben wird, sondern Sachargumente ausgetauscht werden.“

-rüd/sig-